



MIT VIELFALT DIE GANZE STADT IM BLICK

DIE NEUE BÜRGERSCHAFTSFRAKTION STARTET SEHR GUT AUFGESTELLT UND SELBSTBEWUSST IN EINE WAHLPERIODE GROSSER HERAUSFORDERUNGEN

Von Dirk Kienschurf, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Erfolgreiche Politik ist immer Teamarbeit. Das hat unsere Partei einmal mehr im zurückliegenden Wahlkampf bewiesen. Gemeinsam haben wir mit Verstand, viel Leidenschaft und Kampfgeist gezeigt, dass Hamburg nach wie vor das Herz der Sozialdemokratie ist. Dieser Teamgeist aus dem Wahlkampf, war auch zu spüren, als unsere Bürgerschaftsfraktion keine vier Tage nach der Wahl das erste Mal im Hamburger Rathaus zusammenkam.

Dabei wurde deutlich: Die Fraktion ist genauso bunt wie unsere Stadt. Das unterscheidet sie von anderen Fraktionen. Fast alle unserer 54 Abgeordneten sind neben dem Mandat berufstätig und arbeiten etwa als Krankenpflegerin, Kellner oder Intendantin. Wir kommen aus allen Teilen Hamburgs, gehören den verschiedensten Jahrgängen an und haben verschiedene kulturelle Hintergründe. Diese große Vielfalt ist der Garant dafür, dass wir unser zentrales Wahlversprechen in die Tat umsetzen können: Gemeinsam haben wir die ganze Stadt im Blick.

Die Corona-Pandemie wirkt sich bis heute auf die Arbeit der Bürgerschaft und der Fraktion aus. Bürgerschaftssitzungen sind im regulären Plenarsaal nicht möglich. Auch normale Fraktionssitzungen, Ausschüsse und Arbeitskreise waren lange Zeit undenkbar. Dennoch nutzte die Fraktion die schwierige Startphase zum intensiven Austausch untereinander. Dazu fanden die turnusmäßig im Zwei-Wochen-Rhythmus abgehaltenen Fraktionssitzungen digital statt und wurden durch diverse digitale Konferenzen mit unseren Senatoren und dem Bürgermeister ergänzt. Parallel waren einzelne Mitglieder der Fraktion auch in den Koalitionsverhandlungen gefordert.

Gleichwohl hatten viele Abgeordnete im Juni – also drei Monate nach der Bürgerschaftswahl und nach dem erfolgreichen Abschluss der Koalitionsverhandlungen – zu Recht das Gefühl, die Parlamentsarbeit würde nun

erst richtig losgehen. Erstmals fanden wieder Fraktionssitzungen im Rathaus statt, der Senat wurde gewählt und Fachausschüsse eingesetzt. Am 15. Juni, 113 Tage nach der Wahl, wurden schließlich ein neuer Vorstand gewählt, Fachsprecherinnen und Fachsprecher ernannt sowie die Mitglieder der Fachausschüsse bestimmt.

Alle 54 Abgeordneten tragen eine große Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs in dieser Zeit größter Herausforderungen. Bei der Aufstellung der neuen Fraktion war es uns deshalb besonders wichtig, die vielfältigen Stärken und Interessen unserer Abgeordneten zu einem ausgewogenen Team zusammenzuführen. Alle fachlichen Erstwünsche unserer Abgeordneten konnten dabei berücksichtigt werden, Geschäftsführender Vorstand und Fraktionsvorstand sind paritätisch besetzt, und auch die Gewichtung der Kreise wurde umfassend berücksichtigt.

Mit meinen Stellvertreterinnen Ksenija Bekeris, Martina Koeppen und Juliane Timmermann sowie unserem Parlamentarischen Geschäftsführer Ole Thorben Buschhüter sind wir im Geschäftsführenden Fraktions-

vorstand ein gutes Team mit viel parlamentarischer Erfahrung. Der nun größere Fraktionsvorstand bildet die Vielfalt unserer Fraktion sehr gut ab. Langjährige aber auch neu in die Bürgerschaft gewählte Abgeordnete übernehmen in dieser Legislaturperiode als Fachsprechende oder Ausschussvorsitzende eine besondere Verantwortung.

Die Corona-Krise ist auch weiterhin das alles bestimmende Thema in den Bürgerschaftssitzungen und Fachausschüssen. SPD-Fraktion und Senat arbeiten bei der Bewältigung der Pandemie bereits eng zusammen. Die Zusammenarbeit mit der völlig neu organisierten grünen Fraktion wird eine komplexe Aufgabe sein. Auf der Ebene der Fraktionsspitzen gibt es einen guten Anfang. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Wahlperiode, deren Grundlage der sehr gut ausgehandelte Koalitionsvertrag ist. Als stärkste Fraktion der Bürgerschaft, als stärkste Partei in Hamburg tragen wir als SPD besondere Verantwortung. Wir haben die ganze Stadt im Blick. Lasst uns diesem Anspruch in Senat, Partei und Bürgerschaft sowie den Bezirksversammlungen jeden Tag aufs Neue gerecht werden.



V. l. n. r.: Martina Koeppen, Juliane Timmermann, Dirk Kienschurf, Ole Thorben Buschhüter und Ksenija Bekeris.



Foto: SPD-Hamburg

Liebe Genossinnen und Genossen,

die parlamentarische Sommerpause geht mit einem politischen Paukenschlag zu Ende: Olaf Scholz führt also die SPD als Kanzlerkandidat in die Bundestagswahl 2021! Der frühe Zeitpunkt dieser Ankündigung hat sicherlich viele überrascht – dass die Entscheidung auf Olaf Scholz gefallen ist, scheint indes niemanden wirklich zu überraschen.

Ich freue mich über diese Entscheidung! Erstens, weil mit Olaf Scholz als ehemaligen Hamburger Regierungschef und Hamburger SPD-Vorsitzender ein Genosse aus unserer Mitte ins Rennen geschickt wird. Und zweitens, weil Olaf Scholz weiß, wie man Wahlen gewinnen kann.

Olaf Scholz hat für diese anspruchsvolle Aufgabe die nötige Kompetenz und Erfahrung. Zudem genießt er bei der Bevölkerung ein hohes Ansehen und Respekt.

Für unseren Wahlkampf in Hamburg und unser Ziel, alle sechs Bundestagswahlkreise zu gewinnen, wird der Bonus, den Olaf Scholz als Kanzlerkandidat mobilisieren kann, sicherlich enorm hilfreich sein.

Die Vorbereitungen für die Wahlkreiskandidaturen sind derzeit in vollem Gange. Die Nominierungs- und Aufstellungsverfahren stellen uns Corona-bedingt vor ganz besondere organisatorische Herausforderungen. Daher auch meine Bitte: Haltet euch bei der Durchführung von Parteiveranstaltungen – ob groß oder klein – an die Regeln zur Eingrenzung der Corona-Pandemie. Neben dem Schutz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben wir als Regierungspartei hier eine besondere Vorbildfunktion!

Herzliche Grüße, eure

Melani Leonard

UNSER TEAM FÜR HAMBURG: DIE NEUE SPD BÜRGERSCHAFTSFRAKTION



V. l. n. r.: Kazim Abaci, Julia Barth, Ksenija Bekeris, Cem Berk, Ole Thorben Buschhüter, Matthias Czech, Gabriele Dobusch, Astrid Hennies, Clarissa Herbst, Danial Ilkhanipour, Regina Jäck, Sabine Jansen, Annkathrin Kammeyer, Dirk Kienschurf, Martina Koeppen, Jan Koltze, Simon Kuchinke, Uwe Lohmann, Claudia Loss, Gulfam Malik, Iftikhar Malik, Kirsten Martens, Vanessa Mohnke, Alexander Mohrenberg, Sami Musa, Ralf Neubauer, Baris Önes, Christel Oldenburg, Milan Pein, Mathias Petersen, Arne Platzbecker, Lars Pochnicht, Anja Quast, Marc Schemmel, Britta Schlage, Hansjörg Schmidt, Frank Schmitt, Markus Schreiber, Sören Schumacher, Ali Simsek, Nils Springborn, Olaf Steinbiß, Tim Stoberock, Philine Sturzenbecher, Urs Tabbert, Sarah Timmann, Juliane Timmermann, Sven Tode, Carola Veit, Isabella Vértes-Schütter, Michael Weinreich, Dagmar Wiedemann, Ekkehard Wysocki, Güngör Yilmaz

Weitere Informationen zu den Abgeordneten der Fraktion findet Ihr auf www.spd-fraktion-hamburg.de

Berlin direkt

MIT DER NATUR LÄSST SICH NICHT VERHANDELN

UNSER ENGAGEMENT FÜR KLIMA UND SICHERHEIT

von Niels Annen, MdB

Im vergangenen Jahr hat Bundesaußenminister Heiko Maas auf meine Einladung hin unsere Hansestadt besucht, um sich mit der hiesigen Spitzenforschung zum Thema Klima und Sicherheit auszutauschen. Ob in der Sahel-Region, in der Arktis oder in der Karibik – die Folgen des Klimawandels bedrohen in vielen Regionen der Erde die Lebensgrundlage von immer mehr Menschen. Extremwetterereignisse, Wasserknappheit und der Anstieg des Meeresspiegels sind Risikomultiplikatoren, die schon heute die Stabilität von Staaten und Gesellschaften gefährden und sich in Zukunft immer stärker auch auf unsere Sicherheit auswirken werden. Unsere Außenpolitik muss auf diese klimawandelbedingten Risiken reagieren. Die Forschung des Exzellenzclusters „Climate, Climatic Change and Society“ der Universität Hamburg bietet hierfür wichtige Informationen.

So sind die Erkenntnisse des Besuches vor rund einem Jahr auch in Deutschlands Arbeit im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eingeflossen. Wir sind überzeugt: Die Weltgemeinschaft muss in die Lage versetzt werden, Konflikte, die durch den Klimawandel verursacht oder verschärft werden, frühzeitig zu erkennen, um ihnen entgegenwirken zu können. Konkret hat Deutschland drei Maßnahmen vorgeschlagen: Erstens braucht

die Weltgemeinschaft systematische Informationen über klimawandelbedingte Sicherheitsrisiken inklusive Frühwarnindikatoren. Zweitens sollte eine Sonderbeauftragte für Klima und Sicherheit dem Problem Gewicht verleihen. Und drittens muss es als Querschnittsthema in allen Mandaten und Strategien der Vereinten Nationen berücksichtigt werden. Auch wenn eine überwältigende Mehrheit der Mitgliedsländer der Vereinten Nationen unsere Initiative unterstützt, war die Verabschiedung einer Resolution aufgrund der ablehnenden Haltung der USA, Russlands und Chinas bisher nicht möglich. Es wird jedoch eine Expertengruppe Klima und Sicherheit einberufen, die das Thema weiter vorantreiben soll.

Unser Engagement geht weit über die Arbeit im Sicherheitsrat hinaus. Im Juni wurde auf der Berliner Konferenz zu Klima und Sicherheit ein umfassender Bericht zu klimawandelbedingten Risiken initiiert. Zudem finanziert Deutschland den ersten Umwelt- und Sicherheitsberater des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, der die Friedensmission in Somalia zu Sicherheitsrisiken berät, die durch den Klimawandel verstärkt werden. Außerdem unterstützt das Auswärtige Amt die Vereinten Nationen bei der Erstellung einer Studie zu Klima-Si-

cherheits-Risiken im Horn von Afrika.

Heiko Maas hat in seiner Rede im Sicherheitsrat eindringlich darauf hingewiesen, dass wir mit der Natur – anders, als wir es sonst in der Außenpolitik gewohnt sind – nicht verhandeln können. Aus diesem Grund bleiben schnelle und umfassende Maßnahmen der Weltgemeinschaft unerlässlich. Gleichzeitig steht fest: Um Klimarisiken dauerhaft zu begrenzen, braucht es eine ambitionierte Klimapolitik aller Staaten.

Auch Hamburg kommt in Bezug auf den Klimawandel eine besondere Rolle zu. Bisher findet Außenpolitik zwar vor allem auf nationalstaatlicher, internationaler und multilateraler Ebene statt. Städte und Metropolregionen gewinnen durch die Globalisierung jedoch an internationaler Bedeutung. Sie sind sich mehrheitlich ihrer Verantwortung für den Klimawandel bewusst und nehmen zunehmend eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz ein. Dies zeigt insbesondere auch die Initiative US-amerikanischer Bürgermeister gegen die Klimapolitik von Präsident Trump.



Foto: Susie Knoll



Foto: Nils Joehnk

TERMINE

Dienstag, 8. September

Facebook-Live Talk aus dem Bundestag

Dorothee Martin spricht mit **Lars Klingbeil** über aktuelle politische Themen

Zeit: 18:00 - 19:00 Uhr

Dienstag, 8. September

Youtube-Live: Tierschutz und Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie

Dr. Matthias Bartke im Gespräch mit **Susanne Mittag, MdB** (Tierschutzbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion) und **Alexander Mohrenberg, MdHB** (Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion)

www.matthias-bartke.de/youtube

Zeit: 19:30 Uhr

Donnerstag, 17. September

Facebook-Live Talk aus dem Bundestag

Dorothee Martin spricht mit **Peter Tschentscher** über aktuelle politische Themen

Zeit: 18:00 - 19:00 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation Hamburg

V.i.S.d.P.
Lars Balcke

Redaktion:
Lars Balcke, Sebastian Jahnz

Satz und Gestaltung:
Janina Demiana Roll
hamburg-designsache.de

Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe
15.10.2020

Anschrift:
Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg

E-Mail:
sebastian.jahnz@spd.de

40 JAHRE CHRISTOPHER STREET DAYS IN HAMBURG

NACH 40 JAHREN SIND DEMONSTRATIONEN ANLÄSSLICH DES CSD WICHTIGER DENN JE. WEGEN CORONA FIEL DER DEMONSTRATIONSZUG DIESMAL ETWAS KLEINER AUS.

von Timo Hackemann

Mehr als 2.000 Menschen schlängelten sich am 1. August auf Fahrrädern zum 40. Jahrestag des Hamburger Christopher Street Days (CSD) unter dem Motto „Keep on riding. Together“ durch die Hamburger Innenstadt, St. Pauli, Altona und Eimsbüttel. Unter den Teilnehmenden waren neben einer größeren Gruppe der SPDqueer (Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung) auch Peter Tschentscher (Erster Bürgermeister), Karl-Heinz Brunner (LSBTIQ-Fachsprecher der Bundestagsfraktion), Falko Droßmann (Bezirksamtsleiter Hamburg Mitte), Simon Kuchinke (LSBTIQ-Fachsprecher der SPD-Fraktion der Bürgerschaft) und Arne Platzbecker (langjähriger Vorsitzender der SPDqueer und Bürgerschaftsabgeordneter).

Die traditionell am ersten Samstag im August stattfindende CSD-Demonstration, die im Jahr zuvor mehr als 200.000 Menschen auf die Straße zog, musste aufgrund der Maßnahmen zur Eingrenzung der Corona-Pandemie ebenso ausfallen wie das Straßenfest rund um die Binnenalster. Um die nötigen Abstandsregeln einzuhalten, entschied sich der Hamburg-Pride Verein für eine Fahrrad-Demo. Der Demonstrationzug stellte sich rund um die Binnenalster in Blöcken aus 100 Personen auf und startete nach einer kurzen Ansprache um 12 Uhr auf die rund acht Kilometer lange Strecke.

„Nach 40 Jahren CSD geht nach wie vor ein wichtiges Signal von dieser Veranstaltung aus, ein politisches Signal für Toleranz und Vielfalt“, sagte Peter Tschentscher. Der Christopher Street Day erinnert an die Ereignisse des 28. Juni 1969, als Polizisten die New Yorker Schwulen- und Lesbenbar „Stonewall Inn“ in der Christopher Street stürmten und mehrtägige Proteste von Schwulen, Lesben und Transsexuellen auslösten. Der CSD macht auf die Rechte von

Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Intersexuellen und queeren Menschen (LSBTIQ*) aufmerksam, denn LSBTIQ*-Menschen lebten lange gefährlich und erfahren auch heute noch Diskriminierung. Zum Zeitpunkt des ersten CSD in Hamburg vor 40 Jahren wurden LSBTIQ*-Menschen noch öffentlich diskriminiert und strafrechtlich verfolgt. Allerdings konnten seitdem viele Rechte und Errungenschaften erzielt werden, darunter die Entkriminalisierung gleichgeschlechtlicher Liebe 1994, die Einführung der Hamburger Ehe für gleichgeschlechtliche Paare 1999, der eingetragenen Lebenspartnerschaft 2001 und der Ehe für Alle 2017 sowie das Verbot von Konversionstherapien 2019.

Heute fordern die Teilnehmenden an der Demonstration die Erweiterung des Diskriminierungsschutz im §3 des Grundgesetzes um die sexuelle Orientierung und die geschlechtliche Identität, damit die mühsam erkämpften Rechte gegen Bestrebungen aus der rechten Ecke geschützt werden. Außerdem fordern sie ein Ende der Diskriminierung von Transmenschen durch das oftmals entwürdigende Transsexuellen Gesetz, das hohe rechtliche Hürden für diese Menschen bereithält. Stattdessen soll dieses veraltete Gesetz gestrichen und eine Neuausrichtung auf ein Selbstbestimmungsrecht ermöglicht werden. All diese Errungenschaften und Forderungen zeigen: Es ging von Anfang an nicht um Sonderrechte, sondern um Gleichbehandlung.

Wir von der SPDqueer danken allen, die an der Demo teilgenommen oder uns anderweitig unterstützt haben. Durch die Demonstration und das Hissen der Regenbogenflagge (u.a. am Kurt-Schumacher-Haus und dem Rathaus) konnte ein wichtiges Signal der Sichtbarkeit in dieser durch Einschränkungen geprägten Zeit gesetzt werden.